



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Beibehalten des Verfahrens, wenn Anspruch auf Unterhaltsvorschuss entfällt

Aktuell seit 31.03.2025 17:48:53

Aktiv vom 18.06.2024 bis 30.06.2025

#### Angegeben von:

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V., Bundesverband (R002795) am 18.06.2024

#### Beschreibung:

Der VAMV lehnt die im 4. Bürokratieentlastungsgesetz vorgesehene Vereinfachung in § 9 Unterhaltsvorschussgesetz ab. Geplant ist, ein vorläufiges Einstellen der Unterhaltsleistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ohne vorherigen Bescheid gesetzlich zu verankern. Diese Regelung würden zu unvorhersehbaren finanziellen Lücken im Haushalt von Alleinerziehenden und zu Problemen beim Beantragen von anderen existenzsichernden Sozialleistungen für den weggefallenen Unterhaltsvorschuss führen.

### Zu Regelungsentwurf

---

#### 1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

### Betroffene Interessenbereiche (1)

---

Familienpolitik [alle RV hierzu]

## Betroffene Bundesgesetze (1)

---

UhVorschG [alle RV hierzu]

## Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

---

1. SG2406110109 (PDF - 4 Seiten)

### Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

#### **Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]